

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Größtenteils Tagesblatt, Rieser,  
Jernstr. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Groschke Riesa Nr. 52.

Nr. 286.

Donnerstag, 9. Dezember 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Lohns und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabes sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift, Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Melleszeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife, bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Beitrag verfehlt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Zahlung gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Abdrücke Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerinseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Relationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Grotzschke 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Udemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Truppenkonzentrationen.

Es ist schon eine geraume Zeit verstrichen, seitdem die Welt zum ersten Mal Nachricht von beachtlichen Truppenkonzentrationen an der französisch-italienischen Grenze erhielt. Die Truppenzusammenschübe, die dort auf Anordnung der französischen Obersten Generalleitung stattfanden, sind auf und für sich unerheblich. Gewisse Garnisonen wurden verlegt, etwas schwere Artillerie in die der Grenze am nächsten gelegenen Orte gelegt, sonst nichts. Aber das Reine genügt, um die Öffentlichkeit Frankreichs aufzufallen, die Gazette der Seine-Hauptstadt zu veranlassen, sich des bedeutenden Ereignisses anzunehmen, die Anfrageschuldigkeit der französischen Parlamentarier mobilisieren. Dem Schrei nach Aufklärung der letzten Maßnahmen der französischen Generalleitung hat jetzt Painlevé Genüge getan. In der Kammer gab der französische Minister für den Krieg, Painlevé, eine Erklärung ab, die als geradezu sensationell angesehen werden kann. In seinen Ausführungen erwähnte Painlevé auch nicht mit einem Wort Italien. Gemäß, er erlaube zu, daß Truppenkonzentrationen in unmittelbarer Nähe der italienischen Grenze stattgefunden hätten. Aber diese Konzentrationen seien nur Begleiterscheinungen, die mit der Rückkehr der französischen Truppen aus Marokko in Zusammenhang ständen. Nach diesen Feststellungen gibt Painlevé eine Erklärung ab, die in ihrem Inhalt nicht satzreicher lauten konnte. Er behauptet, daß die Aufregung im Lande lediglich aus der Besorgnis entspringe, daß Frankreich entschlossen wäre, in China zu intervenieren und im Verlaufe dieser Aktion größere Truppenmassen nach Hinterland transportieren würde. Aber Frankreich denke gar nicht daran, sich in die inneren Kriege von China einzumischen, eine Entsendung von Truppen sei nicht geplant. Die Beunruhigung im französischen Volk erwiderte dabei jeder Begründung. Um den Hohn, der in diesen Worten Painlevés liegt, zu erkennen, hat man sich zu vergegenwärtigen, daß wohl kein Mensch in Frankreich sich bis jetzt einen Gedanken über eine angebliche Aufstellung der Berliner China-Politik gemacht hat, geschweige, daß in französischen Volk Befürchtungen laut geworden sind, die mit einem bevorstehenden Konflikt in China in Verbindung stehen. Die Erklärung Painlevés war also bewußt irreführend, ihre Beweiskraft dergestalt als konstatiert, daß jedermann erkennen mußte, daß sie in Wirklichkeit nichts sagen wollte.

In Rom wird man den Hohn, der in den Worten des französischen Kriegsministers liegt, verstanden haben. Dort wird man vielleicht eher als das französische Volk es vermag, verstehen können, aus welchen Gründen diese Truppenkonzentrationen an der Grenze vorgenommen wurden. In der letzten Zeit haben sich Vorfälle ereignet, die viel tiefer und einschneidender in die Beziehungen Italiens zu Frankreich eingreifen als die Reden, mit denen Mussolini seiner Unzufriedenheit mit dem französischen Nachbar Ausdruck gibt. Der Abschluß des Vertrages mit Albanien war nicht nur ein schwerer Schlag gegen die Politik Jugoslawiens, in der Hauptstadt trat er die französische Politik. Zwar nicht zum ersten Mal, aber hier in einer sehr bedeutenden Form, tritt das Friedensverhältnis gewisser Völkerbündnisse in Erscheinung. Diese vertraglichen Bindungen, die gewisse Nationen umfassen, werden selbstverständlich nach diplomatischer Gepflogenheit stets in ein Rätsel von völler Friedensliebe und Menschheitsverständnis aufgelöst. Aber in Wirklichkeit dienen sie nur einer Machtpolitik oder der Sicherung machtpolitischer Tendenzen, die mit einer Befreiung Europas wenig zu tun haben dürften. Die Gegenseitigkeit Frankreichs zu Italien trieb die Politik des Lloyd George zu dem Verzicht der Zusammenfassung eines Völkerbundes bestehend aus Frankreich, Jugoslawien und wenn möglich auch Bulgarien. In Jugoslawien fanden die französischen Bemühungen einen ausnahmslosigen Boden. Der Streit um Albanien, die unversöhnlichen Fortschritte, die die italienische Adria-Politik in den letzten Monaten zu verzeichnen hatte, haben dort das Mißtrauen gegen Rom und besonders gegen die sehr weitgehenden Pläne eines Mussolini zu hellen Flammen geschürt. So kann die französische Regierung sich in dem sicheren Bewußtsein bewegen, im Falle eines bevorstehenden Konfliktes mit Italien der Unterstützung Belgrads gewiß zu sein. Selbstverständlich verfolgt ein solches Schach- und Trübschicksal nicht nur die Interessen des einen Partners. So hat auch hier Frankreich die Aufgabe zu übernehmen, der jugoslawischen Politik, wenn es sich notwendig erweist, jede Hilfe angedeihen zu lassen. Der Abschluß des italienisch-albanischen Vertrages sichert Rom eine gewisse Vorherrschaft an der Adria, die, wenn sie sich auswirken sollte, den italienischen Adriatraum illusorisch machen müßte. Belgrad will einen Druck auf Italien ausüben. Es ist nicht falsch, wenn man annimmt, daß die französischen Truppenkonzentrationen an der italienischen Grenze nicht ganz ohne Einfluß von einem Belgrader Wunsch gewesen sind. Wenn man heute vernimmt, daß es in Westmitleuropa zu neuen Zusammenstößen zwischen Faschisten und französischen Generalen gekommen ist und sich erinnert, welche große Ausregung die ähnlichen Vorfälle vor einiger Zeit in Frankreich auslösten, so kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, wie gefährlich die Spannung zwischen Frankreich und Italien sich in den letzten Wochen angeheizt hat.

## Zusammentritt der Völkervertragskonferenz.

Paris. (Funkpost.) Die Völkervertragskonferenz tritt heute nachmittags 5.30 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

## Neue Kompromißvorschläge in Genf.

### Die gestrige Sitzung in Genf.

\* Genf. Der Völkervertragsrat trat gestern nachmittags zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, an die sich eine geheime Sitzung anschloß. Dr. Stresemann war durch Staatssekretär von Schubert vertreten, für Briand war Paul Boncour erschienen.

Auf der Tagesordnung standen als wichtige Punkte der Bericht über die Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz sowie der Bericht des Ratkomitees für den französisch-polnisch-sinnländischen Antrag zu den Artikeln 11 und 16 des Paktes, über die Bronquere bekanntlich in der Vorwoche dem Ratkomitee berichtet hatte.

Ueber die Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz berichtete Benech, der dem Rat vorschlug, die vorbereitende Abrüstungskommission möge entsprechend dem Beschluß der Vollversammlung des Völkervertrages Vorschläge für einen möglichst beschleunigten Inkrafttreten der Abrüstungskonferenz machen. Der Bericht wurde angenommen. Hierauf betonte Chamberlain die große Bedeutung der künftigen Abrüstungskonferenz. Die englische Regierung hoffe auf einen vollen Erfolg der Konferenz. Er warnte jedoch davon, daß man in der Festsetzung des Termins für den Inkrafttritt der Konferenz zu übereilt vorgehe. Ein Mißerfolg der Konferenz würde von den ernstlichsten Folgen für den Abrüstungsgedanken begleitet sein.

Paul Boncour schloß sich den Erklärungen Chamberlains an. Eine ähnliche Erklärung gab Scialoja ab, der die politische Bedeutung der Konferenz unterstrich. Es müßten alle Garantien geschaffen werden, damit diese Konferenz nicht Schiffbruch leide.

Darauf beschäftigte sich der Rat mit dem Bericht Bronqueres über die Arbeiten des Ratkomitees in der vorigen Woche. Der Bericht enthält im ganzen die bereits im Bericht Bronqueres entwickelten Gesichtspunkte über die Bedeutung der Artikel 11 und 16 sowie über die Mittel, um bei Kriegsgefahr ein schnelles Inkrafttreten des Völkervertragsapparates, insbesondere eine beschleunigte Einberufung des Rates zu ermöglichen. Benech, der den Bericht verlas, beantragte Überweisung der im Bericht behandelten Fragen an die vorbereitende Abrüstungskommission.

Der finnländische Antrag über die finanzielle Hilfe für die kleinen Staaten bei Kriegsgefahr soll zunächst dem Finanzkomitee überwiegen werden, das Vorschläge für die Durchführung zu machen habe. Bei der Diskussion über diesen Vorschlag entwickelte sich eine lebhafteste Debatte zwischen Scialoja, van Karnebeek, Chamberlain, Titulescu, Paul Boncour und Benech. Hierauf beschloß der Völkervertragsrat, den finnländischen und den polnischen Antrag über die regionale Hilfeleistung der Staaten bei Kriegsgefahr vorläufig zurückzustellen, bis die vorbereitende Abrüstungskommission die prinzipielle Frage der regionalen Abrüstung geklärt habe.

Weiter wurde beschlossen, die auf der Tagesordnung stehenden Punkte (Festsetzung des Termins für den Schluß des Vertrags für den Bau des neuen Völkervertragsgebäudes sowie der Bericht der englischen, französischen, italienischen und rumänischen Regierungen über die Kompetenzen der Donaukommission) zu verlesen.

Im Anschluß an die öffentliche Sitzung fand eine kurze geschlossene Sitzung statt, in der die Wahl des österreichischen Vertreters in die Wirtschaftskommission und eines japanischen Mitgliedes in die Finanzkommission vorgenommen wurde.

### Vor einem Untersuchungskompromiß?

\* Genf. Nach dem Eindruck, der am gestrigen Mittwochabend über die Verhandlungen der drei juristischen Sachverständigen besteht, scheint sich eine vorläufige Kompromißlösung der Untersuchungsfrage anzubahnen. Von deutscher Seite war man vor allem bestrebt, den drei grundsätzlichen Vorschlägen in der Note vom 12. Januar sowie dem bekanntesten vierten deutschen Vorbehalt Geltung zu verschaffen. Man hat nun versucht, den deutschen Forderungen dadurch gerecht zu werden, daß das Untersuchungsprotokoll in seiner heutigen Form bestehen bleibt, jedoch den deutschen Forderungen durch bindende Ratbeschlüsse Rechnung getragen werden soll. Es wurde besonders um Ausschluß gebracht, daß bisher noch in keinem Lande eine Völkervertragsratifizierung stattgefunden hat und daß die Untersuchungen nur durch deutsche Behörden unter Teilnahme von Mitgliedern der Untersuchungskommission durchgeführt werden sollen. Von unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß eine provisorische Lösung durch Schaffung eines Ratkomitees, das die gesamte Untersuchungsfrage noch einmal zu prüfen hat, für Deutschland nicht annehmbar sei.

### Die „Rheinrenten“.

Die Verhandlungen in Genf sind in den letzten Tagen auch nicht in einem Punkt weiter gekommen. Nach wie vor hat sich kein Ausweg gezeigt, der zu einer Einigung der beiden gegenseitigen Standpunkte führen könnte. Um über diesen toten Punkt in der Aussprache in Genf hinwegzukommen, versucht man, besonders von französischer Seite, mit allerlei neuen Vorschlägen etwas Leben in die geruchlose Atmosphäre von Genf zu bringen. So hat ein Ausfall des bekannten französischen Publizisten Marcel Kay, der über gute Beziehungen zur französischen Delegation in Genf ver-

fügt, in den Kreisen des Völkervertrages eine bemerkenswerte Beachtung gefunden. Nach Ansicht dieses Franzosen wäre eine Einigung über die endgültige Regelung der Militärkontrollen nur noch eine Frage von Tagen. Er denkt sich das Kompromiß (dem selbstverständlich kann nur durch ein Kompromiß, nach französischer Ansicht, der Streitfall beigelegt werden) ungefähr so, daß den deutschen Bedenken aus der bekannten Note vom 12. Januar vielleicht durch einen Annex oder eine Interpretation Rechnung getragen und als Gegenleistung die Abberufung der Kontrollkommission zum ersten Januar in Aussicht gestellt werden kann. Die Durchführung der Kontrolle soll sodann dem Völkerverbund übertragen werden.

Sehr beachtlich sind die weiteren Mitteilungen des französischen Publizisten, die von Verhandlungen sprechen, die nichts Geringeres erdämmen wollen, als die Bildung eines besonderen Ueberwachungsausschusses für die entmilitarisierte Rheinlandszone. Dieses Rheinlandskomitee soll sich aus den fünf westlichen Völkerverträgen mit Einschluß Deutschlands zusammensetzen. Würde sich Deutschland mit einer solchen „Rheinrenten“ einverstanden erklären, so wäre Frankreich bereit, als Gegenleistung in eine frühere Räumung des Rheinlandes einzuwilligen. Wenn dieser Vorschlag, wie ihn hier der französische Publizist mitteilt, wirklich Gegenstand einer Erörterung in Kreisen des offiziellen Frankreichs ist, was durchaus nicht unwahrscheinlich sein dürfte, so müßte man dieses neue Angebot als einen erneuten Versuch Frankreichs bewerten, das in Thoiry geplante Grundgesetz schließlich doch, aber jetzt auf einer veränderten Grundlage, durchzuführen. In Thoiry wurden lediglich finanzielle Leistungen des Reiches als Gegenleistung vorgeboten. Der Plan mit den Eisenbahnobligationen hat sich inzwischen als unbrauchbar erwiesen. Das Paris offenbar veranlaßt, anstelle des als unzumutbar erkannten Kaufpreises nunmehr eine neue Forderung zu legen. Es verlangt jetzt eine vollständige Gegenleistung Deutschlands, und zwar, wie der Vorschlag mit der „Rheinrenten“ zeigt, eine Leistung, die wir auf keinen Fall, und seien auch die Werte, die wir dadurch erlangen könnten, noch so groß zu erfüllen imstande sind. Für eine in Aussicht gestellte frühzeitige Räumung des Rheinlandes eine für unabsehbare Zeit ins Leben gerufene „Rheinrenten“ einzutauschen, wäre eine Zumutung, die im Hinblick auf unsere klar formulierten Forderungen als eine Zögerlichkeit angesehen werden müßte. Wir glauben kaum, daß mit solchen „Vorschlägen“ der tote Punkt von Genf überwunden werden kann.

### Daily Telegraph über die Militärkontrollfrage.

London. Der diplomatische Vertreterhatter des Daily Telegraph schreibt: Die aus Genf vorliegenden Nachrichten bestätigen die Annahme, daß in der gegenwärtigen Session des Völkervertragsrates vielleicht ein teilweises u. vorläufiges Abkommen zuhande gebracht, aber keine endgültige Regelung der wichtigsten Fragen erzielt werden wird, die zwischen Deutschland und den Alliierten stehen. In Völkervertragskreisen wird Kritik daran geübt, daß die Methode der Vertreter der großen Weltmächte, die schwebenden Fragen allein zu erörtern, den Völkervertragsrat auf die Registrierung ihrer Entscheidungen beschränke. Tatsächlich haben die übrigen Mitglieder des Völkervertragsrates wenig, wenn überhaupt etwas in irgend einer wichtigen Frage zu sagen.

### Fortbestehen der Meinungsverschiedenheiten.

\* Genf. Die von gut unterrichteter Seite am gestrigen Mittwochabend verlautet, bestehen die Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Kontrollen sowie der Ein- und Ausfuhr des Kriegsmaterials in vollem Umfang fort. Von anderer Seite verlautet allerdings, daß man in der Frage der Ausfuhr deutscher Halbfabrikate auf englischer Seite Deutschland Entgegenkommen zu zeigen geneigt sei. Es wird hierbei darauf verwiesen, daß der bereits verschiedentlich angebotene Gedanke der Uebertragung der Kontrolle der Einfuhrkontrollen durch Erziehung der Internationalen Militärkontrollkommission durch die Untersuchungskommission bisher nicht zur Verhandlung gelangt ist.

### Rechte Schwierigkeiten bei der Lösung der Saarfrage.

\* Genf. Die Saarfrage, die in den letzten Tagen von den juristischen Sachverständigen eingehend erörtert wurde, wird nun in einer der nächsten Sitzungen zur Verhandlung kommen. Es handelt sich bekanntlich um die Zurückführung der noch im Saargebiet befindlichen zwei französischen Regimenter. In der letzten Zeit hat sich eine neue Schwierigkeit ergeben, da von französischer Seite geltend gemacht wurde, daß beim Abzug der Truppen gewisse Maßnahmen als Vorbedingung dafür ein besonderer Eisenbahnschutz geschaffen werden müsse. Gegenwärtig wird nun zur Lösung dieser Frage die Schaffung eines Bahnschutzes erwogen, der keinerlei militärischen Charakter tragen und aus Zivilpersonen bestehen soll, die von der Saarregierung ausgewählt werden und ausschließlich dieser unterstehen sollen.

### Besprechung Stresemanns mit Briand.

Genf. (Funkpost.) Der französische Minister des Innern Briand und Reichsminister des Innern Dr. Stresemann, dessen Befinden sich gebessert hat, hat heute mittags 12 Uhr am Sitz der deutschen Delegation zu einer Besprechung anwesendgetreten.